

Inhaltsverzeichnis

Einführung	15
A. Problemstellung und Ziele der Untersuchung	15
B. Gang der Untersuchung	20
C. Terminologie	22
D. Die Zitierweise taiwanischer Rechtsprechung und Literatur	22
<i>1. Kapitel</i>	
Verhältnismäßigkeitsprinzip und Steuergesetze	23
A. Die Ausgangslage	23
B. Allgemeine Bestandsaufnahme	24
I. Die Entwicklung des Verhältnismäßigkeitsprinzips	24
II. Der Inhalt des Verhältnismäßigkeitsprinzips	27
1. Legitimer Zweck	27
2. Legitimes Mittel	28
3. Geeignetheit	30
4. Erforderlichkeit	30
5. Angemessenheit	32
III. Exkurs: Das Kriterium der Zumutbarkeit	34
C. Die Problematik des Verhältnismäßigkeitsprinzips in der Besteuerung	35
I. Das „Verhältnis“ zwischen Fiskalzwecksteuern und dem Verhältnismäßigkeitsprinzip	35
II. Steuerrechtliche Normkategorien	38
1. Fiskalzwecknormen	38
2. Lenkungsnormen	39
3. Vereinfachungszwecknormen	41
4. Umverteilungsnormen	42
III. Kriterien für die Einordnung	43
1. Bisherige Ansätze	44

2. Kritik bisheriger Ansätze	46
3. Würdigung und eigene Konzeption	48
D. Fazit	49

2. Kapitel

Die Verhältnismäßigkeitserfordernisse als Grenze von Fiskalzwecknormen	51
A. Problemstellung	51
B. Eigentumsgarantie als Schranke für den staatlichen Steuerzugriff	53
I. Die frühere Rechtsprechung des BVerfG	53
1. Darstellung	53
2. Kritik	54
II. Die Einheitswertbeschlüsse	55
1. Vermögensteuerbeschluss	55
2. Erbschaftsteuerbeschluss	58
3. Herleitung des Halbteilungsgrundsatzes und seine Folgerungen	59
III. Die Kehrtwende des Zweiten Senats	60
1. Ablehnung des Halbteilungsgrundsatzes	61
2. Erweiterung des gesetzgeberischen Handlungsspielraums	62
C. Begrenzung von Fiskalzwecknormen durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip?	63
D. Besonderheit bei Zwecksteuern	65
I. Typologie	66
1. Rechtliche Verwendungszwecke	66
2. Abgrenzung von zweckmotivierten Steuern	67
3. Abgrenzung von Sonderabgaben	68
II. Die Rechtfertigung der Zwecksteuern durch das Verhältnismäßigkeitsprinzip?	71
E. Fazit	73

3. Kapitel

Die Verhältnismäßigkeitserfordernisse als Grenze von steuerlichen Lenkungsnormen	75
A. Problemstellung	75
B. Einschlägige Freiheitsrechte	77
I. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG)	77

II.	Eigentumsgarantie (Art. 14 GG)	78
III.	Allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	78
C.	Verhaltensbeeinflussung als mittelbar-faktischer Eingriff	79
I.	Bloße Anknüpfung an Grundrechtsbetätigung	80
II.	Überschreiten der Eingriffsschwelle	81
D.	Verhältnismäßigkeitsprüfung bei Lenkungsnormen	85
I.	Rechtsprechung: Die Verhältnismäßigkeitsprüfung in Bezug auf die Verhaltenslenkung	85
II.	Literatur und eigene Stellungnahme: Ungeeignetheit der steuerlichen Lenkungsnormen bei Ausbleiben von Verhaltenslenkung?	86
E.	Fazit	88

*4. Kapitel***Die Verhältnismäßigkeiterfordernisse
als Grenze von steuerlichen Umverteilungsnormen** 89

A.	Problemstellung	89
B.	Begriffsbestimmung steuerlicher Umverteilung	90
I.	Das Gesamtdeckungsprinzip und die Definition steuerlicher Umverteilung	90
II.	Sozialstaatliche Besteuerung als ein Instrument der Umverteilung	93
C.	Einordnung des progressiven Steuertarifs	93
I.	Ausfluss des Leistungsfähigkeitsprinzips	93
II.	Ausfluss des Sozialstaatsprinzips	95
D.	Sozialstaatliche Rechtfertigung von Umverteilungsnormen und das Verhältnismäßigkeitsprinzip	96
E.	Fazit	99

*5. Kapitel***Die Verhältnismäßigkeiterfordernisse
als Grenze von steuerlichen Vereinfachungszwecknormen** 100

A.	Problemstellung	100
B.	Die Frage der überhöhten steuergesetzlichen Zinssätze als Kern des Problems der Verhältnismäßigkeit der Vereinfachungszwecknormen	101
I.	Hintergründe	101

II.	„Frischer Wind“ durch die Entscheidungen des FG Köln und des BFH über den realitätsfernen Zinssatz	103
1.	Jüngste Entscheidung des FG Köln	103
2.	Jüngste Entscheidung des BFH	104
III.	Stellungnahme	106
C.	Billigkeitserlass und Verhältnismäßigkeit	108
I.	Begriff	108
II.	Das bei der Billigkeitsentscheidung implizierte Verhältnismäßigkeitsprinzip ..	108
1.	Die durch allgemeine Rechtsgrundsätze konkretisierte Unbilligkeit	108
2.	Die durch Interessenabwägung konkretisierte Billigkeitsprüfung	109
III.	Exkurs: Billigkeitserlass als Ermessensentscheidung?	111
1.	Die Entscheidung des Gemeinsamen Senats der Obersten Gerichtshöfe des Bundes und die ständige Rechtsprechung des BFH	111
2.	Literatur und Stellungnahme	113
D.	Fazit	115

6. Kapitel

Das Verhältnis zwischen dem Verhältnismäßigkeitsprinzip und dem Gleichheitssatz in der Besteuerung		117
A.	Problemstellung	117
B.	Rechtfertigungen für Ungleichbehandlungen im Steuerrecht	119
I.	Lenkungsziele	119
II.	Stichtagsregelungen	120
III.	Kompensation von Vor- und Nachteilen	121
IV.	Exkurs: rein fiskalische Gründe sind keine Rechtfertigungsgründe	122
C.	Kontrolldichte des Gleichheitssatzes	122
I.	Vom traditionellen Willkürverbot zur sog. neuen Formel	123
1.	Willkürverbot	123
2.	Sog. neue Formel: Verhältnismäßigkeit der Ungleichbehandlung	124
3.	Bestehen eines stufenlosen Prüfungsmaßstabs in der heutigen Zeit	126
II.	Strukturschwäche der Gleichheitsdogmatik bei Heranziehung von freiheitsrechtlichen Verhältnismäßigkeiterfordernissen	127
III.	Die Verhältnismäßigkeitsprüfung und ihre Differenzierungskriterien	129
1.	Trennung von internen und externen Zwecken	129

Inhaltsverzeichnis	11
2. Ein Schwachpunkt der Differenzierung von internen und externen Zwecken?	131
3. Übertragung des Ansatzes Husters auf das Steuerrecht	132
D. Fazit	133
<i>7. Kapitel</i>	
Die Verhältnismäßigkeitserfordernisse als Grenze des Steuervollzugs	135
A. Problemstellung	135
B. Die Berücksichtigung des Kooperationsprinzips im Rahmen des Verhältnismäßigkeitsprinzips beim Steuervollzug	136
C. Freiheitsrechtliches Gebot verhältnismäßiger Steuerverfahrenslasten	138
D. Verhältnismäßigkeit bei der Vollstreckung	139
I. Ermessenseinräumung	139
II. Ermessensausübung	140
E. Fazit	141
Schlussbetrachtung	143
A. Kernthesen zu der Untersuchung	143
B. Bewertung und Ausblick	148
Literaturverzeichnis	149
Sachverzeichnis	163